Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Reichelt. Druck u. Verlag: Max Gemsch u. Druckgesellschaft m. b. H. Fernsprecher: Amt Auerbach Nr. 51.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Alle Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Auerbach und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamezeile für Auerbach und dem Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 300 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler infolge Ausfall oder Undeutlichkeit kann keine Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 280. | Freitag, den 3. Dezember 1920. | 15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Eine englische Note an die deutsche Regierung über die Abstimmung in Oberschlesien bringt dem deutschen Volke eine Aenderung der diesbezüglichen Bestimmungen des Friedensvertrages zu.

•

Die polnische Regierung nimmt gegen eine gemeinsame Abstimmung der Oberschlesier und der Emigranten in einer Mitteilung an die Alliierten Stellung.

•

Die deutschen Kohlenlieferungen aus dem Spa-Abkommen haben im Oktober die vertragsmäßige Höhe von 2 Millionen Tonnen erheblich überschritten.

•

Der Reichstag ratifizierte den Handelsvertrag mit Deutschösterreich und der Tschecho-Slowakei.

•

Nach einer Meldung des Messagero sind die italienischen Wiedergutmachungsansprüche an Deutschland und Oesterreich im römischen Ausschuß auf 4½ Milliarden Lire beziffert worden.

Minister Schwarz zur Regierungsbildung.

Die Linksregierung ein schöner Traum.

In einer Kreiskonferenz der Sozialdemokratischen Partei sprach gestern in Dresden Wirtschaftsminister Schwarz über die Frage der Regierungsbildung. Die Ausführungen des Ministers sind besonders deswegen bemerkenswert, weil Schwarz bekanntlich auf dem linken Flügel der Mehrheitssozialisten steht. Nach dem Bericht der Dresdner Volkszeitung tadelte Schwarz die mehr als fragwürdige Haltung der Parteipresse in dieser so überaus wichtigen und schweren Frage. Die Redaktionen hätten hier in einer geradezu verheerenden Weise eingegriffen, zumal da die Lage in Sachsen bis heute durchaus noch nicht geklärt sei. Richtiger wäre es nach der Meinung des Ministers gewesen, die Presse hätte für die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Landeskonferenz, die sich ausschließlich mit dieser Frage zu beschäftigen gehabt hätte, Stimmung gemacht. Der Ausgang der diesjährigen Landtagswahl, fuhr der Minister fort, bedeutet eine schwere Niederlage der Arbeiterschaft, die wettgemacht werden muß, damit die Arbeiterschaft wieder zur alten Höhe emporsteigen kann. Drängen wir auf sofortige Neuwahl des Landtages und überlassen wir die Regierungsbildung allein den bürgerlichen Parteien, dann hat die sächsische Arbeiterschaft ausgespielt und ist ausgeschieden. Auch für die vielgeschmähten Mehrheitssozialisten ist es klar, daß mit dem reinen Parlamentarismus allein das Heil der Arbeiterklasse nicht zu erreichen ist. Bedienen wir uns aber der Regierungssitze und des Parlaments, dann haben wir das beste Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse in den Händen. Alle Mittel müssen ergriffen werden, um den Aufstieg der Arbeiterklasse recht bald zu ermöglichen. Was die Bildung des Kabinetts selbst anbelangt, so stütze ich mich auf das Urteil der württembergischen Genossen, die es heute bedauern, daß sie im Sommer dieses Jahres die Regierungssitze so schnell aus den Händen gegeben haben, obwohl ein Grund dafür nicht vorhanden gewesen ist. Darurch hat die württembergische Sozialdemokratie alle Mittel aus der Hand gegeben, wie seinerzeit auch die Reichstagsfraktion, deren Entschluß, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen, taktisch richtig war. Den Luxus, noch recht lange der Regierung fern zu bleiben, kann sich die Partei nicht leisten, da alles, was die Revolution gebracht hat, durch die bürgerliche Regierung aufs Spiel gesetzt wird. Heute rüstet man schon zu den Reichstagswahlen, die unter den Gesichtspunkten Stärkung des bürgerlichen Flügels und Stärkung des sozialistischen Flügels werden geführt werden. In Sachsen befindet man sich in einer ähnlichen Lage. Jetzt aber lediglich Gefühlspolitik zu treiben, bedeutet den gewissen Untergang unserer Partei, den wir doch alle nicht herbeiwünschen. Wenn es heute in der Partei verschiedene Strömungen gibt, so muß ich bekennen, daß ich auf dem äußersten linken Flügel stehe. Doch ist dies für mich kein Grund, mit den Unabhängigen zu liebäugeln, da diese das unehrlichste Spiel, das man sich vorstellen kann, in der Politik treiben. Im letzten Landtag war eine unbedingte Mehrheit vorhanden, um eine rein sozialistische Regierung durchdrücken zu können. Doch scheiterte die Bildung einer solchen immer und immer wieder an der negierenden Politik dieser Partei. Gegenüber den Unabhängigen verfolgen die Kommunisten ihr Ziel klarer und bestimmter. Für die KPD. ist es nur ein Unglück, daß sie in ihren Reihen allerhand fragwürdige Gestalten haben, die weder vom Sozialismus noch vom Kommunismus etwas verstehen, aber immer die große Geige zu spielen beabsichtigen. Eine Linksregierung ist meiner Meinung nach ein schöner Traum, da wir mit einer Zweidrittelmehrheit, bei der die Haltung der Kommunisten noch unsicher ist, für die Dauer eine sichere Regierung nicht bilden können.

Nachdem Schwarz sich noch mit der Deutschen Volkspartei beschäftigt hatte, zog er den Schluß, daß, wenn die SPD. nicht ihren Einfluß auf die Regierungsgeschäfte und die Ministerien aufgeben wolle, es unbedingt vonnöten sei, in die Regierung mitzutreten, da sie es dann in der Hand habe, beeinflussend auf die Geschicke des Landes zu wirken. Wenn wir Handhaben besitzen wollen, um zu gegebener Zeit den Landtag heimzuschicken, sagte der Minister, dann müssen wir uns an der Regierung beteiligen. Wenn keine Regierungsbildung zustande kommt, dann haben wir die Neuwahl, die uns aber nie und nimmer zugute kommen dürfte. Letzten Endes wird die Landeskonferenz zu entscheiden haben, ob wir uns an der Regierungsbildung mit Rechts beteiligen oder nicht. Auf keinen Fall aber dürfen die Regierungsgeschäfte in die Hände der Bürgerlichen allein kommen. — Hiernach sieht es nicht so aus, als ob der Landtag bei seinem Zusammentreten am 7. Dezember schon die Verhältnisse geklärt vorfinden dürfte.

•

Die Verhandlungen zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen über die Regierungsbildung in Sachsen haben begonnen. Sie werden durch Vertreter der beiderseitigen Landesvorstände und der Landtagsfraktionen geführt. Bei der Mehrheit beider Vertretungen besteht zweifellos der gute Wille, zu einer Einigung zu kommen, aber die Herren werden das Exempel schwerlich lösen können, wie man aus 40 von 96 eine Mehrheit macht. Abg. Fellisch allerdings verrät in seiner Chemnitzer Volksstimme schon vorzeitig das Rezept, nach dem die gewünschte rote Regierung regieren soll: die Kommunisten sollen sie in Fragen des Sozialismus, die Demokraten in Angelegenheiten der Demokratie unterstützen; dann könne die sozialistische Minderheitsregierung eine segensreiche Wirksamkeit entfalten. Wenn man sich an die rein sozialistische Mehrheitsregierung in Sachsen, die vom November 1918 bis Januar 1919 bestanden hat, erinnert, erscheint solche Zuversicht recht wenig begründet, um so weniger als sich die Demokraten für die Rolle, die ihnen Herr Fellisch zuweisen will, bestens bedanken werden. Personenfragen und die nach der Anzahl der obersten Beamten auf der Ministerbank, meint Fellisch im gleichen Artikel, dürfen in diesem ernsten Augenblick keine Rolle mehr spielen. An Personen, an unwesentlichen Zahlenverhältnissen, wie an der sogenannten Parität darf die Absicht (der Einigung) diesmal nicht scheitern. — Trotzdem also die Sozialdemokraten mehr als doppelt soviel Stimmen und Mandate errungen haben, ist Fellisch bereit, den Unabhängigen ebenso viel Ministerposten zu überlassen, wie er für seine Partei beansprucht. Daß er dies noch vor Beginn der Verhandlungen verraten hat, zeigt deutlich, ein wie schlechter Taktiker er ist.

Eine Diktatnote der Entente.

Abstimmung in Köln.

Wie wir hören, ist gestern in Berlin eine Note der Entente eingetroffen, in der ohne vorherige Verhandlungen oder Fühlungnahme mit der deutschen Regierung die Modalitäten der oberschlesischen Abstimmung diktatorisch festgesetzt wurden. Die Note bestimmt entgegen dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages, daß die Abstimmung der außerhalb Oberschlesiens befindlichen Abstimmungsberechtigten in Köln vor sich zu gehen hat, und zwar an demselben Tage, an dem die Abstimmung in Oberschlesien stattfindet. Weiter bestimmt sie, daß die in Köln und Oberschlesien abgegebenen Stimmen zuerst zusammengezählt werden müssen, um sodann erst der Oeffentlichkeit bekannt gegeben zu werden. Der Termin der Abstimmung ist in der Note dagegen noch nicht genannt. Nach dem Eingang der Note ist das Reichskabinett zusammengetreten, um zu der von ihr geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Wie verlautet, wird die deutsche Regierung gegen diese flagrante Verletzung des Friedensvertrages Protest erheben. Abgesehen von der einseitigen Abänderung des Versailler Vertrages erscheint das neuerliche Diktat der Entente aber auch praktisch völlig undurchführbar, da das schon heute von Menschen überfüllte Köln gar nicht in der Lage ist, den an einem einzigen Tage eintreffenden Schwarm von 300 000 Menschen bei sich aufzunehmen, ein Umstand, der in Paris offenbar übersehen worden ist.

England und Amerika zur oberschlesischen Abstimmung.

Die Times glauben, daß Lloyd George seinen vermittelnden Standpunkt in der oberschlesischen Frage nicht aufgegeben habe. Die Times erklären sich übrigens scharf gegen eine Zweiteilung der Abstimmung in Oberschlesien aus rechtlichen Gründen und aus Gründen der Zweckmäßigkeit. Daily News spricht, daß ein Eingreifen den Versailler Vertrag leicht zur Revision bringen könnte. — Wie die Baseler Nachrichten aus Paris melden, hat der amerikanische Botschafter in London am Dienstag den Besprechungen der alliierten Staatsmänner beigewohnt. Die Daily News wußte am Dienstag schon aus Newyork zu melden, daß Amerika in der Abstimmungsfrage Oberschlesiens auf dem Boden des Friedensvertrages stehe und an einem aktiven Eingreifen nur verhindert sei, weil die Ratifikation des Vertrages im Senat noch nicht erreicht sei.

Auswanderung deutscher Oberschlesier.

Seit einiger Zeit wird beobachtet, daß viele junge deutschgesinnte Leute aus Oberschlesien auswandern. Die Ermittelungen haben ergeben, daß die Firma Julius Berger, Tiefbau-A.-G. in Berlin, jene Grubenleute in großer Zahl nach Rumänien bringt. Durch den Abtransport deutschgesinnter männlicher Personen aus Oberschlesien wird der deutschen Sache angesichts der bevorstehenden Abstimmung großer Schaden zugefügt. Es wird vermutet, daß bei dem Vorgehen der Firma polnische Einflüsse sich geltend machen.

Krise im Reichsfinanzministerium.

Dr. Wirth droht sogar mit Rücktritt.

Bezüglich der früheren Erhebung des Reichsnotopfers ergaben sich für das Reichsfinanzministerium, wie ja auch aus der Rede des Reichsbankpräsidenten Havenstein am Mittwoch hervorgeht, große Schwierigkeiten. Gerade durch die Landwirtschaft sind große Bedenken gegen die frühere Erhebung des Reichsnotopfers erhoben worden, aber das Reichsfinanzministerium hat sich gegen die Wünsche der Landwirtschaft ausgesprochen. Das Reich braucht unbedingt Barmittel, um wenigstens für einige Wochen die Notenpresse stillegen zu können. Andernfalls treiben wir immer mehr dem langsamen Verfall unserer Finanzwirtschaft entgegen, denn die Reichsdruckerei druckt bereits heute 260—280 Millionen Mark Papiergeld. Wie am Mittwoch schon im Hauptausschuß ausgeführt wurde, kann die Novelle des Reichsnotopfers die Gefahr einer Kabinettskrise heraufbeschwören, denn die Demokraten, die zunächst für die Vorlage waren, sind jetzt in ihrer Mehrheit gegen die Vorlage, ebenso die überwiegende Mehrheit der Deutschen Volkspartei. Sollte sich aus dieser Notlage des Reiches kein Ausweg finden, so steht das Kabinett einer sehr ernsten Lage gegenüber. Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth dürfte für den Fall, daß kein Ausweg gefunden wird, und man ihm nicht zur Seite stehen würde, die Konsequenzen ziehen und aus seinem Amte scheiden, da er dann die Verantwortung für die Reichsfinanzen nicht länger tragen könnte. Was das Zentrum anlangt, so wird dieses bezüglich der Reichsnotopfernovelle zunächst eine zurückhaltende Stellung einnehmen. Die gegenwärtigen Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Havenstein haben jedenfalls auf die Parteien den tiefsten Eindruck gemacht, und man wird wohl zunächst auch über die Erhebung einer Zwangsanleihe schleunigste Beratungen anstellen.

•

Weitere Erklärungen des Finanzministers.

Im Steuerausschuß des Reichstages erklärte Reichsfinanzminister Dr. Wirth gestern u. a.: Einer Verbindung zwischen Reichsnotopfer und Zwangsanleihe stehe ich nicht ablehnend gegenüber, sie ist mir vielmehr lieber, als die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Zwangsanleihe so gestaltet wird, daß ihr Ertrag an Bargeld ganz bedeutend höher ist, als aus der Einhebung des Notopfers erwartet werden darf. Eine Aenderung des Reichsnotopfers in wesentlichem Umfange darf aber dabei nicht erfolgen. Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz betonte, die Inflation sei so im Fortschreiten, der Druck neuer Noten so andauernd, daß es unbedingt nötig sei, sich dieser Entwicklung entgegenzustemmen. Wenn vom Reichsnotopfer 15 Milliarden und durch eine etwaige Zwangsanleihe 20 Milliarden gewonnen werden könnten, so würde diese Summe doch bewirken, den Stand der Valuta zu unseren Gunsten zu beeinflussen. Das wäre im Hinblick auf den Einkauf von Produkten und Lebensmitteln im Auslande von unbezahlbarem Wert. Daß der beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers seinerzeit vor der Zwangsanleihe der Vorzug gegeben wurde, beruhe darauf, daß schon bei der Ankündigung einer Zwangsanleihe die Kapitalflucht eingesetzt habe. Ehe nicht klargelegt sei, wie man sich eine Zwangsanleihe denke, könne er sich auch nicht über ihre etwaigen Wirkungen äußern. Er vertrete den Standpunkt des Kabinetts, das heißt die Vorlage auf schnellere Einhebung des Reichsnotopfers.

Ein reizendes Beispiel aus der modernen Sozialisierungspraxis.

Man schreibt dem Auer Tageblatt: In den Baseler Nachrichten erschien kürzlich unter dem Titel: Von der Katastrophe des Maulheldentums — eine Stuttgarter Korrespondenz, die ein scharfes Licht auf die Erfolge der so hoch gepriesenen Sozialisierung der Betriebe wirft und dartut, daß diese der Desorganisation der von ihr betroffenen Betriebe in jeder Hinsicht gleichkommt. Es handelt sich hauptsächlich um die Erfahrungen in den bekannten Großbetrieben Daimler-Stuttgart und Bosch-Eßlingen, über die der Korrespondent Angaben zu machen weiß. Diese werden auch für die Leser des Auer Tageblattes von Interesse sein